

FREIBERUFLER-TICKER vom 14. Juni 2024

1. Ergebnisse der repräsentativen Befragung des IfD zum Thema Mutterschutz

Am 5. Juni 2024 wurde beim Workshop des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zum Thema „Bedarf und Ideensammlung zum Mutterschutz für weibliche Selbstständige“ die [repräsentative Befragung](#) des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) zum Thema Mutterschutz vorgestellt. Die Befragung fand zwischen dem 3. Februar und dem 4. März 2024 auf Auftrag des BMFSFJ statt. Themen waren jeweils die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Mutterschutz für Selbstständige, die unterschiedlichen bestehenden oder denkbaren Unterstützungsmöglichkeiten sowie die Bereitschaft, zu einer spezifischen Unterstützung in diesem Bereich selbst mit beizutragen. Erwähnenswert sind folgende Ergebnisse der Befragung von 849 Personen, davon 621 selbstständig tätige Frauen unter 50 Jahren und 228 selbstständig tätige Männer mit Beschäftigten:

- Finanzielles Problem der Elternzeit für solo-selbstständige Mütter: Von den Solo-Selbstständigen waren 77 Prozent auf finanzielle Unterstützung durch den Partner angewiesen und 54 Prozent auf den Verzehr ihrer finanziellen Reserven. Nicht viel geringer waren diese Anteile mit 59 beziehungsweise 49 Prozent aber auch bei selbstständigen Müttern mit ein bis fünf Beschäftigten, obwohl deren Geschäftsbetrieb meist nicht unterbrochen wurde.
- 75 Prozent der selbstständigen Frauen und 81 Prozent der selbstständigen Männer betrachten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für selbstständige Mütter im Vergleich zu angestellten Müttern als eher oder sehr schwer.
- Es wird für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem für eine verbesserte Absicherung beim Mutterschutz plädiert (63 Prozent der selbstständigen Frauen).
- Kinderbetreuung: Flexibilisierte Zeiten bei der Kinderbetreuung, mehr Verlässlichkeit der Betreuungsangebote, mehr Ganztagsangebote für Schulkinder sowie längere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen an Werktagen wurden von nennenswerten Teilgruppen bis zu 59 Prozent als notwendig herausgestellt.
- Gegenüber unselbstständig Berufstätigen sehen sich die allermeisten als benachteiligt (86 Prozent der selbstständigen Frauen). Deshalb plädieren auch 85 Prozent für eine staatliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mutterschutz von beruflich Selbstständigen durch den Staat.

2. Deutlich mehr Unternehmensschließungen als Insolvenzen

Insgesamt meldeten laut [Mitteilung](#) des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn vom 12. Juni 2024 in Deutschland 2023 rund 17.800 Unternehmen Insolvenz an, das waren 3.200 Unternehmen mehr als 2022. Trotz des Anstiegs ist der Anteil der insolventen Unternehmen am Unternehmensbestand weiterhin gering – auch im Rückblick auf die vergangenen 13 Jahre: Nur 5,7 von 1.000 Unternehmen gerieten 2023 in die Zahlungsunfähigkeit. Zudem haben die Insolvenzen weiterhin nur einen kleinen Anteil an den Unternehmensschließungen – über 90 Prozent aller Unternehmensbeendigungen finden aus eigenem Antrieb der Inhaberinnen und Inhaber statt. Das Gesundheits- und Sozialwesen – und darunter insbesondere Krankenhäuser und größere Pflegeeinrichtungen – sowie der Verkehrssektor waren 2023 am häufigsten von Insolvenzen betroffen. Das zeigt der Anteil der insolventen Unternehmen am Unternehmensbestand. Dagegen traf die krisenhafte Entwicklung im Baubereich (noch) nicht die Masse der Bauunternehmen, sondern vorrangig Bauträger sowie Projekt- und Immobilienentwickler, die teils zum Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen zählen.

Daneben stieg die Insolvenzgefahr im Bereich Information und Kommunikation sowie im Gastgewerbe deutlich an.

3. OECD veröffentlicht KI-Bericht zu Deutschland

Am 11. Juni 2024 veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihren Bericht zur Künstlichen Intelligenz (KI) in Deutschland. Der Bericht befasst sich mit den Chancen und Herausforderungen im KI-Bereich und gibt Empfehlungen an die Politik. Der Bericht ist in Schwerpunkte unterteilt, wobei Arbeitswelt und Gesellschaft jeweils einen Schwerpunkt bilden. Außerdem werden drei spezielle Bereiche näher betrachtet: der öffentliche Sektor, die Nachhaltigkeit und das Gesundheitswesen. Der Bericht ist [hier](#) zu finden.

4. Ergebnisse der Jugendbefragung der Bertelsmann Stiftung

Die Bertelsmann Stiftung [veröffentlichte](#) am 12. Juni 2024 die Ergebnisse der Jugendbefragung „Ausbildungsperspektiven 2024“. Demnach vermissen junge Menschen mit hoher Schulbildung bei der Berufsorientierung und der Suche nach einem Ausbildungsplatz häufiger Unterstützung als Gleichaltrige mit niedriger oder mittlerer Schulbildung. So gaben 43 Prozent der jungen Menschen mit hoher Schulbildung an, sich über Ausbildungsberufe von der Schule nicht gut informiert zu fühlen. Bei den Befragten mit mittlerer Schulbildung liegt dieser Anteil bei 32 Prozent, bei denen mit niedriger Schulbildung nur bei 19 Prozent. Zudem ist jede, jeder Zweite der Ansicht, dass sich die Politik für Menschen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz bislang eher wenig oder gar nicht engagiert habe. Beispielsweise erhoffen sich die Jugendlichen Unterstützung in Form von günstigem Wohnraum während der Ausbildung sowie finanzieller Hilfen bei einem Umzug. Auch bei Fahrtkosten-Zuschüssen sowie individuellen Unterstützungsangeboten bei Problemen in der Ausbildung könnte die Politik ihrer Meinung nach mehr tun.

5. Hermann-Schmidt-Preis 2024 ausgeschrieben

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung [mitteilte](#), wurde der Hermann-Schmidt-Preis für innovative Berufsausbildung ausgeschrieben. Damit werden 2024 Projekte und Initiativen ausgezeichnet, die innovative Konzepte und Ausbildungsaktivitäten der beruflichen Aus- und Weiterbildung für Demokratiebildung in Beruf und Arbeitswelt entwickelt und erfolgreich umgesetzt haben. Der Hermann-Schmidt-Preis wird durch eine unabhängige Fachjury vergeben und ist mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro dotiert, darüber hinaus können bis zu zwei weitere Sonderpreise von je 1.000 Euro vergeben werden.

6. German Equal Pay Award

Am 25. Juni 2024 wird zum dritten Mal der German Equal Pay Award durch Lisa Paus MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, verliehen. Der Award wurde im Rahmen des Unternehmensprogramms „Entgeltgleichheit fördern“ ausgeschrieben und richtet sich an Unternehmen, die mit innovativen Konzepten und Ideen Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern fördern und voranbringen wollen. Dieses Jahr werden gleich drei Unternehmen durch Bundesgleichstellungsministerin Paus geehrt. Zudem hält Robert Franken, Experte für Organisationskultur, Transformation und Diversity, eine Keynote zum Thema „Male Allyship und Entgeltgleichheit“. Als Mitglieder der auswählenden Jury werden unter anderem Evelyne de Gruyter, Geschäftsführerin des Verbands der Unternehmerinnen, Lisa Jaspers, Gründerin des Fair-Trade-Unternehmens FOLK DAYS, und Lena Marbacher, Mitgründerin des Neue Narrative Magazins, dem Programm angehören. Der BFB

unterstützt die Veranstaltung im Rahmen seiner Gründerinnenkampagne. Weitere Informationen gibt es [hier](#), dort weiter unten auf der Seite steht der Anmeldelink.

7. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

- Anzeige -



Privatversicherte können ihren Schutz individuell zusammenstellen. Diese Leistungen sind garantiert und können auch durch die Politik nicht gekürzt werden. Zudem müssen Ärztinnen und Ärzte bei Privatpatienten nicht auf Budgetgrenzen achten. So können sie ihnen stets die bestmögliche Therapie anbieten.

[Mehr auf pkv.de](http://pkv.de)

BFB
Bundesverband
der
Freien Berufe e.V.

Folgen Sie uns auf LinkedIn!

@Bundesverband der Freien Berufe